



# Bundestagswahl 2017

## Wahlprüfsteine für Kandidatinnen und Kandidaten in Baden-Württemberg zur Bundestagswahl 2017

Der MB-Landesverband Baden-Württemberg hat im Vorfeld der Bundestagswahlen 2017 die Kandidatinnen und Kandidaten der etablierten Parteien in den jeweiligen Wahlkreisen Baden-Württembergs befragt. Die Kandidatinnen und Kandidaten wurden gebeten, zu insgesamt acht Fragen Stellungnahmen abzugeben.

Anlässlich der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zum Tarifeinheitsgesetz sollten sie vor allem ihre Positionen zur Tarifeinheit, insbesondere zu den vom Bundesverfassungsgericht auferlegten Nachbesserungen beim wirksamen Minderheitenschutz skizzieren.

Darüber hinaus wurden sie zu Themen wie dem Ärztemangel, zur Erhöhung der Anzahl von Medizinstudienplätzen, zur Unterstützung ausländischer Ärztinnen und Ärzte, zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie zur Besetzung der Führungsebenen in Krankenhäusern mit weiblichen Kolleginnen um ihre Meinung gebeten. Auch Fragen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in Krankenhäusern, zur wirtschaftlichen Lage der Kliniken in Baden-Württemberg und zu Maßnahmen einer Neustrukturierung der Notfallversorgung waren für den MB-Landesverband von Interesse.



# Bundestagswahl 2017

## Fragen 1 und 2:

Am 11. Juli 2017 hat das Bundesverfassungsgericht das Tarifeinheitsgesetz für teilweise verfassungswidrig erklärt und Korrekturen vom Gesetzgeber bis zum 31. Dezember 2018 gefordert.

- *Sind Sie mit dem Kerngedanken des Prinzips der Tarifeinheit einverstanden oder befürworten Sie die Tarifpluralität und wie begründen Sie Ihre Position?*
- *Setzen Sie sich im Fall Ihrer Wahl dafür ein, dass die vom Bundesverfassungsgericht geforderten Korrekturen in dem Sinne ausgestaltet werden, als dass ein tatsächlich wirksamer Minderheitenschutz etabliert wird und haben Sie bereits konkrete Vorstellungen wie ein solcher wirksamer Minderheitenschutz aussehen könnte?*

## CDU:

Die CDU bekennt sich klar zur gesetzlich festgeschriebenen **Tarifautonomie** mit gleichzeitigem Blick auf den Betriebsfrieden. Nach ihrer Auffassung haben CDU und CSU mit dem Gesetz zur Tarifeinheit gemäß dem Prinzip "ein Betrieb – ein Tarifvertrag" die Tarifeinheit und die innerbetriebliche Solidarität gestärkt. Dies sei im Grundsatz auch durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts bestätigt worden. Die vom Bundesverfassungsgericht geforderten Korrekturen zum Schutz kleinerer Gewerkschaften werde man fristgerecht umsetzen. Die konkrete Ausgestaltung werde Gegenstand des Gesetzgebungsprozesses sein.

## SPD:

Die Position der SPD zum **Tarifeinheitsgesetz gestaltet sich folgendermaßen**: Der Grundsatz der Tarifeinheit sei verfassungsgemäß und im Einklang mit dem Grundgesetz und habe als Kern die Stärkung der solidarischen Interessenvertretung durch die Gewerkschaften.

Man setze auf Verständigung und Kooperation, sofern es verschiedene Gewerkschaften in einem Betrieb gebe. Nur bei einer nicht vermeidbaren Tarifkollision käme der Grundsatz der Tarifeinheit zum Tragen.

Das zugrunde gelegte Mehrheitsprinzip sei besonders geeignet, so die SPD, die im Gesetz verfolgten Ziele zu erreichen und ermögliche zudem weiterhin einen Koalitions Wettbewerb der Gewerkschaften. Außerdem seien in den Detailfragen des Gesetzes die Interessen der Berufsgruppen hinreichend berücksichtigt.



# Bundestagswahl 2017

## Bündnis 90/Die Grünen:

Die Position von Bündnis 90/Die Grünen zum wichtigsten Thema dieses Sommers für den Marburger Bund, dem **Tarifeinheitgesetz** und der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes im Juli diesen Jahres, ist, dass man sich für eine umfangreiche Änderung bzw. eine Abschaffung des Gesetzes stark machen wird. Die Koalitionsfreiheit und das Streikrecht dürften nicht eingeschränkt werden. Minderheitenrechte dürften nicht ausgehebelt und der Betriebsfrieden nicht gestört werden.

## FDP:

Das **Tarifeinheitgesetz** lehnen die Freien Demokraten ab und setzen sich für die Wiederherstellung der Tarifautonomie und der Tarifpluralität ein.

## Die Linke:

In Bezug auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom Juli dieses Jahres fordert die Linke die Rücknahme des Tarifeinheitgesetzes und spricht sich gegen eine Einschränkung des Streikrechts aus. Weiterhin müsse klar geregelt werden, wie gegebenenfalls Tarifverträge von Minderheitsgewerkschaften weiterhin zur Anwendung kommen.

## Frage 3:

**Auch vor den Krankenhäusern macht der Fachkräftemangel nicht Halt. In vielen Kliniken in Baden-Württemberg fehlt es an Ärztinnen und Ärzten. Eine Möglichkeit, hier langfristig gegenzusteuern, stellt die Erhöhung der Zahl der Medizinstudienplätze dar. Die Kompetenz zur Schaffung neuer Studienplätze liegt bei den Ländern.**

- **Setzen Sie sich im Falle Ihrer Wahl dafür ein, dass der Bund die Schaffung neuer Medizinstudienplätze finanziell in dem Maße unterstützt, sodass die Zahl der Medizinstudienplätze in Baden-Württemberg um mindestens 10% erhöht werden kann?**

## CDU:

Die Kandidatinnen und Kandidaten der CDU betonen, dass sie sich auf Basis des **Masterplans Medizinstudium 2020** für ein modernes und attraktives Medizinstudium einsetzen, um auch so in Zukunft gut ausgebildete Mediziner zu gewinnen, so dass bundesweit eine gute Patientenversorgung gesichert sei. Die Auswirkungen des Masterplans wolle man zunächst evaluieren und einen entsprechenden Bericht vorlegen.

## SPD:

Der „**Masterplan Medizinstudium 2020**“ sehe eine Modernisierung und Sicherung der Patientenversorgung vor, so die befragten Kandidatinnen und Kandidaten der SPD. Zusätzlich



# Bundestagswahl 2017

werde der Fokus auf soziale Kompetenzen der Medizinstudierenden sowie auf eine Stärkung der Allgemeinmedizin liegen.

Um den weiteren Bedarf an **Studienplätzen** festzulegen, werde eine Bestandsaufnahme durchgeführt und dann über notwendige Studienplatzkapazitäten bis Ende 2020 entschieden.

Aktivitäten einzelner Bundesländer zusätzlich zum „Masterplan Medizinstudium 2020“ begrüße man. Grundsätzlich sei ein besonderes Anliegen die Grundfinanzierung der Hochschulen zu stärken.

## **Bündnis 90/Die Grünen:**

Die Kandidatinnen und Kandidaten von Bündnis 90/Die Grünen betonten einen zusätzlichen Bedarf an **Ausbildungsplätzen** für die Gesundheitsberufe. Dies gelte selbstverständlich auch für angehende Ärztinnen und Ärzte.

## **FDP:**

Die Kandidatinnen und Kandidaten der FDP gaben in der MB-Befragung zur Bundestagswahl nur eine vage Aussage zur Aufstockung und Finanzierung **zusätzlicher Medizinstudienplätze**. Grundlage müsse zunächst eine Bestandsaufnahme sein, auf deren Basis man weiter handeln könne.

## **Die Linke:**

Die befragten Kandidatinnen und Kandidaten der Linkspartei favorisieren eine grundsätzliche **Förderung der Hochschulen**.

## **Frage 4:**

**Aufgrund des Fachkräftemangels arbeiten immer mehr ausländische Kolleginnen und Kollegen in deutschen Krankenhäusern. Vertrauen spielt beim Verhältnis zwischen Arzt und Patient eine wichtige Rolle. Nicht nur das Erlernen der Sprache, sondern auch interkulturelle Kompetenzen sind maßgeblich für eine wirksame Behandlung von Patienten und ganz allgemein für das Gelingen von Integration.**

- **Setzen Sie sich im Falle Ihrer Wahl dafür ein, dass der Bund ein interkulturelles Trainingsprogramm für ausländische Ärztinnen und Ärzte organisiert und finanziert?**

## **CDU:**

Angesichts des Fachkräftemangels im ärztlichen Bereich sei es wichtig, bereits in der Ausbildung **interkulturelle Kompetenzen** zu erlangen. Zusätzlich sollten die Bundesländer im Rahmen von Fort- und Weiterbildungen entsprechende Schulungen durchführen.



# Bundestagswahl 2017

## SPD:

Die **Stärkung interkultureller Kompetenzen** für die Fachkräfte im Gesundheitsbereich würden durch eine Weiterbildungsoffensive gefördert und bestehende Qualifizierungsangebote ausgebaut.

## Bündnis 90/Die Grünen:

Um dem Fachkräftemangel zu begegnen, sei angesichts der zunehmenden Anzahl von ausländischen Ärztinnen und Ärzten die Finanzierung und Organisation von Maßnahmen für eine **nachhaltige Integration**, der Vermittlung von interkulturellen Kompetenzen und den Spracherwerb mit Unterstützung des Bundes notwendig.

## FDP:

In Bezug auf den drohenden **Fachkräftemangel** setzen die Freien Demokraten mit Nachdruck auf attraktivere Rahmenbedingungen für den Arztberuf. Gesetzliche Regelungen und Maßnahmen wie Regresse, Anti-Korruptionsgesetze, Aufkauf von Arztsitzen oder eine Bürgerversicherung würden nicht zur Attraktivität des Arztberufes beitragen.

Für die Freien Demokraten ist die Beherrschung der deutschen Sprache sowie ein Verständnis der hiesigen Kultur eine **zentrale Rolle für eine gelungene Integration** am Arbeitsplatz. Unterstützt werde dies durch ein von der FDP gefordertes, modernes Einwanderungsgesetz mit integriertem Punktesystem, z. B. auch für die Bewertung zur Beherrschung der deutschen Sprache.

## Die Linke:

Das Erlernen **interkultureller Kompetenzen** könne durch entsprechende Trainingsprogramme geschehen, hier seien aber in erster Linie die Arbeitgeber in der Pflicht, solche Programme zu finanzieren.

## Frage 5:

**Die Anzahl an Medizinstudentinnen und Ärztinnen nimmt stetig zu. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist insbesondere für Ärztinnen eine große Herausforderung. Dies zeigt sich z.B. auch darin, dass in den Führungsebenen in den Krankenhäusern immer noch sehr wenige Ärztinnen zu finden sind.**

- **Was schlagen Sie vor, um eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und bessere Karrierechancen für Ärztinnen zu ermöglichen?**

## CDU:

Die **Vereinbarkeit von Familie und Beruf** ist laut Aussage der Befragten ein wichtiges Anliegen der CDU. Ein Runder Tisch beim Bundesministerium für Gesundheit befasse sich schon länger mit diesem Thema und gebe entsprechende Empfehlungen heraus. Auch Krankenhäuser seien hier inzwischen auf einem guten Weg. Dies werde weiter intensiv verfolgt.



# Bundestagswahl 2017

## SPD:

Zur Frage der **Vereinbarkeit von Familie und Beruf** habe man in der vergangenen Legislaturperiode mit dem Bundesprogramm KitaPlus bereits erste notwendige Grundlagen geschaffen. Zukünftig soll ein ausreichendes Angebot für die Betreuung gesichert werden. Zur finanziellen Entlastung der Familien sollen Kita-Gebühren abgeschafft und bedarfsgerechte Betreuungsangebote auch zu unüblichen Arbeitszeiten angeboten werden.

Das bisherige Programm ElterngeldPlus solle in einem zweiten Schritt ergänzt werden mit der sogenannten Familienarbeitszeit und einem Familiengeld, das auch pflegende Angehörige und Selbstständige erhalten sollen.

## Bündnis 90/Die Grünen:

Wichtig seien, da es immer mehr Medizinstudentinnen und Ärztinnen gebe, flexiblere Arbeitszeitmodelle sowie familiengerechte Arbeitszeiten und **gleiche Karrierechancen für Männer und Frauen** – nicht nur in Krankenhäusern. Unterstützt werden müsse dies gleichzeitig durch geeignete Betreuungsmöglichkeiten für Kinder und Unterstützung bei der Pflege von Angehörigen.

## FDP:

In Bezug auf die **Vereinbarkeit von Familie und Beruf** und **bessere Karrieremöglichkeiten** sowohl für Ärztinnen und Ärzte, plädieren die Kandidatinnen und Kandidaten ebenfalls für bessere Betreuungsmöglichkeiten, familienfreundlichere Arbeitszeitmodelle und fordern die BWKG (Baden-Württembergische Krankenhausgesellschaft) auf, Best-Practice-Modelle zu erstellen.

## Die Linke:

Nach Auffassung der Linkspartei sei eine bessere **Vereinbarkeit von Familie und Beruf** wünschenswert.

Dazu sei ein Ausbau der Kita-Infrastruktur mit finanzieller Beteiligung des Bundes notwendig sowie die gleichberechtigte Aufteilung der Arbeit im häuslichen Bereich und die Erhöhung der Attraktivität der Elternzeit für Väter.

Die Verbesserung der Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen – auch für Ärztinnen und Ärzte – sieht die Linke als wesentliche Aufgabe der Arbeitgeber.



# Bundestagswahl 2017

## Frage 6:

Die Arbeitsbedingungen in den Krankenhäusern sind verbesserungsbedürftig. Verstöße gegen das Arbeitszeitgesetz sind oftmals leider keine Ausnahmefälle, sondern die Regel. In der Pflege und im ärztlichen Dienst fehlt es an Personal.

- *Befürworten Sie verbindliche Personalvorgaben in der Pflege und im ärztlichen Dienst?*

### CDU:

Zur **personellen Ausstattung der Krankenhäuser** äußerten sich die Kandidatinnen und Kandidaten schwerpunktmäßig in Bezug auf das Pflegepersonal. Nötig seien hier klare Personaluntergrenzen. Ziel dieser Maßnahme sei eine Stärkung der Patientensicherheit sowie bessere Arbeitsbedingungen.

### SPD:

Die SPD werde sich bei der Frage der **Personalvorgaben** zunächst auf Verbesserungen für Pflegekräfte konzentrieren. Es sei notwendig, möglichst schnell umfassende Personalbemessungsinstrumente zu entwickeln. Die Situation der Ärztinnen und Ärzte werde allerdings weiterhin sehr aufmerksam beobachtet.

### Bündnis 90/Die Grünen:

Zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den Krankenhäusern setzen die Vertreterinnen und Vertreter von Bündnis90/Die Grünen auf bundesweit verbindliche **Bemessungsinstrumente beim Personal**, insbesondere in der Pflege, jedoch nicht bei Ärztinnen und Ärzten.

### FDP:

Für bestimmte Bereiche seien im Krankenhausstrukturgesetz 2015 Personalmindestvorgaben vorgesehen, hier müsse man abwarten, inwieweit sich dies bewähre.

### Die Linke:

Gesetzliche Vorgaben für verbindliche **Personalvorgaben** seien insbesondere für den Pflegebereich ein wichtiges Thema, dürften aber angesichts der Arbeitszeiten und im Hinblick auf die eigene Gesundheit des Krankenhauspersonals und die Gesundheit der Patientinnen und Patienten auch für die Ärztinnen und Ärzten nicht ausgeklammert werden.



# Bundestagswahl 2017

## Frage 7:

Die Patientenzahlen in den Notaufnahmen sind in den vergangenen Jahren massiv angestiegen. Der Marburger Bund hält eine Neustrukturierung der Notfallversorgung für unausweichlich und hat hierzu das beigelegte Positionspapier vorgelegt. Eine wie im Positionspapier vorgeschlagene, wirksame Reform der Notfallversorgung hängt natürlich maßgeblich von ihrer Finanzierung ab und ist mit den bisherigen Mitteln leider nicht umsetzbar.

- *Setzen Sie sich dafür ein, dass der Bund die notwendigen Finanzmittel für eine Reform der Notfallversorgung zur Verfügung stellt?*

## CDU:

Im Bereich der **Notfallversorgung** wolle man die bisher auf den Weg gebrachten Regelungen weiter eng begleiten, das betreffe Fragen der Vergütung, finanzielle Entlastungen der Krankenhäuser sowie die Zusammenarbeit und Kooperationsmöglichkeiten der verschiedenen Fachrichtungen über die Sektorengrenzen hinweg.

## SPD:

Eine der wichtigsten Aufgaben in der nächsten Wahlperiode werde die Weiterentwicklung der sektorenübergreifenden Versorgung sein, so die SPD-Position. Neben der Honorierung von Leistungen müssten auch Fragen zur Sicherstellung sowie zur Bedarfsplanung geklärt werden.

## Bündnis 90/Die Grünen:

Die Vertreterinnen und Vertreter sprachen sich für eine **grundlegende Reform der Notfallversorgung** und deren Finanzierung durch Bund und Länder aus.

## FDP:

Hinsichtlich der Finanzierung der **Notfallversorgung** sollen Möglichkeiten geprüft werden, diese außerhalb der bestehenden Budgetvereinbarung zu vergüten.

## Die Linke:

Die Linkspartei fordert eine zwischen stationärem und ambulantem Sektor gemeinsam geplante und organisierte **Notfallversorgung**, um so die vorhandenen Ressourcen sektorenübergreifend sinnvoller nutzen zu können.



# Bundestagswahl 2017

## Frage 8:

Die wirtschaftliche Lage der Krankenhäuser in Baden-Württemberg ist im Vergleich zu den Krankenhäusern in allen anderen Bundesländern deutlich schlechter. Eine der Ursachen hierfür stellt der geringe Landesbasisfallwert in Baden-Württemberg dar.

- *Setzen Sie sich dafür ein, dass der Landesbasisfallwert für Baden-Württemberg deutlich erhöht wird?*

## CDU:

Zur nachhaltigen **Finanzierung der Krankenhäuser** in Baden-Württemberg werde man weiter darüber beraten, welche Maßnahmen erforderlich seien. Der Landesbasisfallwert und Fragen zur Spezialisierung oder Förderung von Kooperation werden dabei eine Rolle spielen.

## SPD:

Selbstverständlich setze sich die SPD für eine gerechte und bezahlbare **Krankenhausfinanzierung** ein. Man sehe über die bisherigen gültigen Regelungen hinaus derzeit aber **keinen Handlungsbedarf**.

## Bündnis 90/Die Grünen:

Um die **wirtschaftliche Lage der Krankenhäuser** zu verbessern, sei es notwendig, eine Angleichung der Landesbasisfallwerte und eine grundlegende Reform der Investitionsfinanzierung vorzunehmen. Hier sollen die Krankenkassen finanziell in die Verantwortung genommen werden und dafür ein Mitspracherecht bei der Krankenhausplanung erhalten.

## FDP:

Das bisherige **Fallpauschalen-System** soll überprüft und ökonomische Fehlanreize bei der Patientenversorgung beseitigt werden, so dass Qualität und Innovation innerhalb dieses Systems ebenfalls honoriert werden.

## Die Linke:

Um die **wirtschaftliche Situation der Krankenhäuser** zu verbessern schlägt die Linke vor, das DRG-System und damit auch die Landesbasisfallwerte abzuschaffen und stattdessen eine bedarfsdeckende krankenhaushausindividuelle Finanzierung zu etablieren.